



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



11.11.2022

Ausgabe 020

Das Bürgergeld geht in die falsche Richtung! Bundeshaushalt 2023 verabschiedet – viel Schatten, wenig Licht

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „Bürgergeldes“ hat die Ampelkoalition eine umfassende Reform beschlossen. Dabei werden die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht.

Für mich ist es klar: Mit dem Bürgergeld-Gesetz geht die Ampel-Regierung einen nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich hingegen bewährt. Denn nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit nachhaltig beendet werden. Die mahnenden Stimmen beispielsweise des Landkreistags, des Handwerks, des Städtetages, der Bundesagentur für Arbeit und nicht zuletzt des Bundesrechnungshofes hätten von der Ampel-Regierung ernst genommen werden müssen – allein: Ideologie ging wieder einmal vor Sachargumenten!

Wir bleiben dabei: Die Abschaffung von Sanktionen und die Einführung hoher Schonvermögen wird es mit uns nicht geben. Daher haben wir aus Überzeugung mit Nein gestimmt.

Meine Kritik: Die Ampel lässt den Respekt vor denjenigen vermissen, die jeden Tag zur Arbeit erscheinen und unseren starken Sozialstaat überhaupt erst möglich machen. An allen Ecken und Enden fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Die von der Koalition vorgeschlagenen Änderungen in der Grundsicherung setzen auch deshalb völlig falsche Anreize. Gerade jetzt ist der Zeitpunkt, alles dafür zu tun, um Menschen in Arbeit zu bringen. Dazu haben wir etwas [aufgeschrieben](#).

Wahr ist aber auch: Die gegenwärtigen Preissteigerungen treffen Leistungsbezieher hart. Deshalb wollten wir dafür sorgen, dass die Regelsätze zum 1. Januar 2023 angehoben werden können. Alle sonstigen Vorhaben der Ampel zum sogenannten Bürgergeld müssen von dieser Erhöhung entkoppelt und – z.B. im Vermittlungsausschuss – gesondert erörtert werden. Es ist unverantwortlich, dass die Ampel unseren Vorschlag, diese Regelsatzerhöhung unabhängig vom Bürgergeldgesetz selbst vorzuziehen, abgelehnt hat.

Wie hilflos und nervös die Ampel in dieser Frage agiert, lässt sich am SPD-Chef Lars Klingbeil ablesen. Die berechtigte und vielfach geteilte Kritik von CDU und CSU rückte er in Richtung „Trump“ und „fake news“.

Es ist die alte Methode der Linken: Wenn die Argumente fehlen, zielt man auf die Person – irgendetwas wird schon hängen bleiben. Ich nenne so etwas schäbig.

Mein Büro in Berlin:



Dr. Inge Gräßle MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
Tel: 030 227 73459 – Fax: 030 227 23 73450
Mail: inge.graessle@bundestag.de

Folgen Sie mir in den sozialen Medien:



Gespräch mit Zollgewerkschaft BDZ

Im Vorfeld der Beratungen zum Haushalt des Bundesfinanzministeriums habe ich mich auch mit Vertretern der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) getroffen – denn der Zoll ist einer der wichtigsten Posten in diesem Haushalt.



Mit dem stellv. Bundesvorsitzenden Herrn Thomas Liebel (links) und dem Referenten der Bundesleitung Herrn Felix Schirner (rechts) konnte ich zwei sehr kompetente Gesprächspartner kennenlernen.

Unsere Themen reichten von den Problemen bei der Mitarbeitergewinnung über die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bis zum verstärkten Einsatz von IT und Künstlicher Intelligenz bei den Routinevorgängen an den deutschen Außengrenzen.

Auch der BDZ hat berichtet: [KLICK](#)

Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem radikalen und aggressiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen.

Rettungskräfte werden bei der Bergung von Verletzten behindert. Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Es bedarf einer klaren Antwort des Rechtsstaats, denn Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung.

In unserem [Leitantrag der Woche](#) fordern wir deshalb: Der Rechtsstaat muss hart und entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir schärfere Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer. Leider sah die Ampel das anders...

Ampel hat an mehr Transparenz kein Interesse – Kontrolle im Haushaltsvollzug unerwünscht

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte am gestrigen Donnerstag in der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2023 auch den Etat des Bundesfinanzministeriums beraten.

Antrag der Arbeitsgruppe Haushalt
der Fraktion CDU/CSU

33. Sitzung des Haushaltsausschusses am 9. November
2022

Beschluss des Haushaltsausschusses zu TOP 21
Beratung über den Einzelplan 08
(Bundesministerium der Finanzen)
des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr
2023
(Anlage zu Drucksache 20/3400, Einzelplan 08)

Verbesserung von Transparenz und
Rechenschaftspflicht

Der Haushaltsausschuss möge beschließen:

Das Bundesministerium der Finanzen erhöht
Transparenz und Rechenschaftspflicht über die
getätigten Ausgaben aus dem Bundeshaushalt und
erstellt

1. eine jährliche Management- und Leistungsbilanz
der rechnungslegenden Stellen,
die eine übersichtliche und prägnante
Zusammenfassung der Ergebnisse der internen
Kontrollen und des Finanzmanagements umfassen,
2. einen jährlichen Bericht über interne Prüfungen in
den Bundesministerien und nachgelagerten
Behörden einschließlich der vom Bund finanzierten
Programme

und stellt diese dem Haushaltsausschuss zur Verfügung.

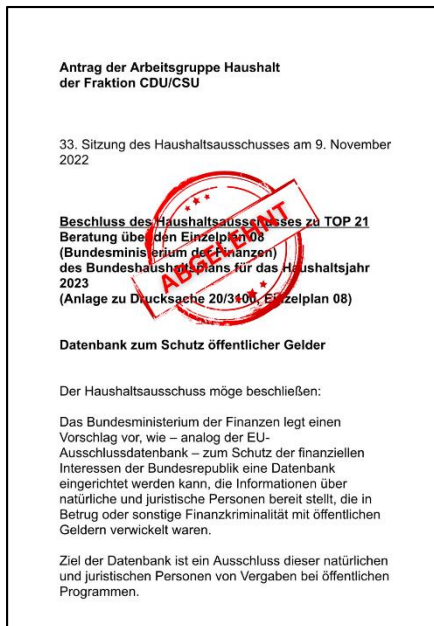
Mit mehreren Anträgen hatten die wir versucht, die Bundesregierung zu mehr Transparenz und Offenheit im Haushaltsvollzug zu bewegen – leider erfolglos.

Die vielen handwerklichen Fehler

und die historisch hohe Verschuldung sollen eben nicht zu intensiv durchleuchtet werden...

Aber: Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ist das nicht! Mehr Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit täten der Ampel gut.

Abgelehnt hat die Ampel die Forderung der CDU/CSU nach mehr Transparenz, Ergebnisteuerung und -kontrolle bei der Haushaltsausführung.



Weder die Erstellung einer Management- und Leistungsbilanz über den Gesamthaushalt noch die von uns geforderten Einblicke in die Kontrollen der Bundesprogramme fand die Zustimmung von SPD, Grünen und FDP. Ebenfalls abgelehnt wurde die Einrichtung einer Datenbank, die Informationen über natürliche und juristische Personen bereitstellen sollte, die in Betrug oder sonstige Finanzkriminalität mit öffentlichen Geldern verwickelt waren. Ziel der Datenbank sollte es sein, natürliche und juristische Personen von Vergaben bei öffentlichen Programmen auszuschließen.“

Ideologiefreie Energiepolitik? Nicht mit der Ampel!

Seit Monaten fährt die Ampel einen Schlingerkurs bei der Frage der Laufzeitverlängerungen für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke. Bereits vor mehreren Wochen haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem die befristete Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland bis zum 31. Dezember 2024 auf

den Weg gebracht werden kann. Die Ampelfraktionen haben unseren [Entwurf für ein Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes](#) zunächst ausgebremst und nach dem „Machtwort“ von Bundeskanzler Scholz nun einen eigenen Entwurf vorlegt, der nur einen bis zum 15. April 2023 befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke vorsieht.

Diesen [unzureichenden Entwurf der Ampel](#) lehnen wir ab: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte eines erhöhten Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet.

Das ist kurzsichtige, ideologiegetriebene Politik, die nicht aufgehen wird. Der von uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte [Gesetzesentwurf](#) mit einer Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 trägt den aktuellen Herausforderungen eindeutig besser Rechnung.

Deutschlands strategische Souveränität stärken – für eine neue China-Strategie

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde haben wir mit den Eckpfeilern der deutschen China-Politik befasst. Konkreten Anlass bietet die viel kritisierte Reisepolitik des Kanzleramts: Der Bundeskanzler hat mit seiner Stippvisite in Peking Schaden angerichtet. Europäische und transatlantische Partner sind verwundert, Xi Jinping wurde in Szene gesetzt, Deutschland steht als Bittsteller da.

Der Zeitenwende des Bundeskanzlers fehlt der strategische Weitblick nach Asien: China wird in den kommenden Jahrzehnten ein politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Deutsche Interessen schützt man nicht durch Verkäufe kritischer Infrastruktur wie am Hamburger Hafen. Die Bundesregierung muss nun endlich eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt.

Zitat der Woche

«Wir streiten zu Recht darüber, ob das Schonvermögen zu hoch, die Karenzzeiten zu lang und die Leistungskürzungen zu lasch sind. Sie als Ampel wollen das Fordern möglichst abschaffen. Wir wollen es erhalten. Das ist weder Hetze noch Populismus. Es ist schlicht und ergreifend unsere politische Auffassung und die der überwiegenden Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Die Deutschen sind in überwältigender Mehrheit bereit, Menschen in Not zu helfen. Aber sie erwarten auch, dass jeder alles dafür tut, aus dieser Hilfe so schnell wie möglich wieder herauszukommen. ...

Aber es hat mich schon entsetzt, dass SPD, Grüne und auch die FDP nicht davor zurückgeschreckt sind, uns als Union Hass und Hetze, Populismus, ja sogar ein schlechtes Menschenbild zu unterstellen.

Bei aller Unterschiedlichkeit: Wenn wir anfangen, uns gegenseitig zu bezichtigen, aus niederen Beweggründen oder in schlechter Absicht Politik gegenüber den Menschen zu betreiben, dann legen Sie die Axt an unsere demokratischen Institutionen.»

Mein Rastatter Kollege Kai Whittaker am 10.11.2005 in der Debatte zum Bürgergeld

Foto der Woche



Das [Franziskus Gymnasium Mutlangen](#) besuchte mich im Deutschen Bundestag. Nach einem Vortrag über die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments auf der Besuchertribüne des Plenarsaals trafen wir uns zu einem intensiven Gespräch. Danke!